

Von der Vision zur Wirklichkeit

Resolution der Energie-Tagung der SP Graubünden vom 6. Mai 08 in Chur:

Energiewende - dank Offensive zur Förderung der Energieeffizienz und Umstieg auf neue erneuerbare Energien!

Gemäss dem Energieartikel 89 in der Bundesverfassung „setzen sich Bund und Kantone im Rahmen ihrer Zuständigkeit für eine ausreichende, breitgefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung sowie für einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch ein“. In der Kantonsverfassung steht im Artikel 82 „Kanton und Gemeinden fördern die sichere, ausreichende und umweltschonende Versorgung mit Energie, deren sparsame und rationelle Verwendung sowie die Nutzung erneuerbarer Energien.“

Die 2000-Watt-Gesellschaft ist die langfristige Vision einer nachhaltigen pro Kopf-Energieversorgung. Für die Schweiz bedeutet sie eine Verminderung des Energieverbrauchs auf einen Drittel des heutigen Wertes sowie den weitgehenden Ersatz der fossilen Energieträger durch erneuerbare Energien. Diese Vision kann bereits heute aufgrund der bekannten Technologien weitgehend realisiert werden. Voraussetzung dazu ist eine wirksame, konsistente, auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien ausgerichtete Energiepolitik über Jahrzehnte.

Techniken mit neuen erneuerbaren Energien sind exportfähig, stärken die Versorgungssicherheit dank erneuerbarer Ressourcen, bringen dem Gewerbe neue Aufträge und Arbeitsplätze, vermindern die Importabhängigkeit, stärken die Sicherheit der Bevölkerung und entschärfen internationale Konflikte, insbesondere bei dezentraler Strukturierung der Erzeugung und bei besserer internationaler Strom-Vernetzung. Die Wasserkraft ist neben den „neuen erneuerbaren Energien“ für Graubünden auch in Zukunft von zentraler Bedeutung. Diese hochwertige Energie wird zunehmend auch im europäischen Markt eine entscheidende Rolle spielen und soll noch mehr als bisher das Bündner Exportgut sein.

1. Wir fordern die intensive Förderung der Energieeffizienz und den vollständigen Umstieg auf neue erneuerbare Energien in Graubünden. Der Ausbau der neuen erneuerbaren Energien orientiert sich am Steigerungsniveau der besten Länder der EU
2. Als erstes braucht Graubünden eine langfristige **Energiestrategie**. Sie muss bis mindestens ins Jahr 2035 reichen. Graubünden braucht eine politische Entscheidung für die Energiewende, die sich zum Ziel setzt, die Potentiale der neuen erneuerbaren Energien wie Sonne, Biomasse, Geothermie und Wind zu nutzen und grösstmöglich auszubauen. Zusammen mit der nötigen Energieeffizienz soll in Graubünden eine Vollversorgung mit neuen erneuerbaren Energien erreicht werden.
3. Wir verlangen Massnahmen zur Reduktion des Stromverbrauchs mit einer klaren Zielgrösse und damit verbunden eine regelmässige Berichterstattungspflicht in Bezug auf den Umsetzungsgrad. Als erstes sind Elektro-Heizungen zu verbieten.
→ Der **Stromverbrauch** soll bis 2035 aus neuen erneuerbaren Energien gedeckt werden.
4. Graubünden steigert die Sanierungsrate bei Umbauten auf 4% jährlich und schafft damit eine Komplettisanierung des Altbestandes in 25 Jahren. Die Energiekennzahl orientiert sich am Minergiestandard. Aktueller Grenzwert der Endenergie für Wohnbauten: 60 kWh/m².
5. Neubauten dürfen ab 2015 nur noch mit der dazumal aktuellen Energiekennzahl für Minergie-P-Bauten erstellt werden. Aktueller Grenzwert der Endenergie für Wohnbauten: 30 kWh/m².
→ Der **Raumwärmebedarf** soll bis 2035 aus neuen erneuerbaren Energien gedeckt werden.
6. Kein Feuer ohne Strom. Elektrizität besitzt im Vergleich zu Wärme einen klaren physikalischen Mehrwert. Wo immer möglich, auch bei Verbrennungsprozessen, muss deshalb Elektrizität produziert werden.
7. Abwärme ist tabu. Die beste Abwärmenutzung ist die vermiedene Abwärme durch Suchen von energiesparenden Prozessen und guten Wirkungsgraden. Dennoch anfallende Abwärme muss genutzt werden.
8. Graubünden schafft einen "**Fonds für die Energiezukunft**", der mit einem Startkapital von 25 Millionen CHF dotiert wird und jährlich mit mindestens 10 Millionen CHF gespiesen wird. Damit werden Energiewende-Projekte initiiert und gefördert.